

Kristin Helberg

**DER
SYRIEN
KRIEG**

Lösung eines Weltkonflikts

HERDER



Kristin Helberg

**DER
SYRIEN-KRIEG**

Lösung eines Weltkonflikts

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN

*Für meine Mutter und meinen Vater;
mit Dankbarkeit und Respekt.*

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Designbüro Gestaltungssaal
Umschlagmotiv: © abaca/picture alliance
E-Book-Konvertierung: Daniel Förster

ISBN (E-Book): 978-3-451-81275-0
ISBN (Buch): 978-3-451-38145-4

Inhalt

Klarstellung: Warum es in der internationalen Politik nur Interessen, aber in Syrien sehr wohl Gute und Böse gibt

1. Das System Assad. Wie das syrische Regime bis heute herrscht

Land ohne Staatlichkeit

Freund oder Feind

Gleichschaltung der Gesellschaft

Lügen und leugnen, hetzen und spalten

Wirtschaftliche Vereinnahmung

2. Die Syrer. Zerrüttung und Zerfall einer Gesellschaft

Herrschen und gewinnen, schweigen und wegducken

Auf der Flucht vor dem Tod

Erwachen aus der Schockstarre

Nicht frei, aber weniger unterdrückt

3. Verraten und gekauft. Warum die Revolution in Syrien scheiterte

Berauscht und betrogen: der zivile Widerstand

Manipuliert und missbraucht: der bewaffnete Aufstand

Abhängig und uneinig: die politische Opposition

4. Spielfeld Syrien. Wie ausländische Interessen den Konflikt befeuern und Frieden verhindern

Wer weiß, was er will, tut, was ihm nutzt

Wer kein Ziel hat oder zögert, gestaltet nicht, sondern reagiert

Wer sich anpasst, bleibt über Wasser

5. Der Syrien-Krieg als Symptom einer neuen Welt-Unordnung. Was zu tun und was zu lassen ist

Krieg gewonnen, Macht zerronnen. Wie weiter in Syrien?

Die »Syrienisierung« der internationalen Politik

Geflüchtete und Integration, Nationalismus und Terror: Folgen für Europa

Langfristig denken, eindeutig handeln: Sieben Empfehlungen für den Umgang mit Syrien

Anhang

[Abkürzungsverzeichnis](#)

[Karte](#)

[Weiterführende Literatur](#)

[Über die Autorin](#)

Klarstellung: Warum es in der internationalen Politik nur Interessen, aber in Syrien sehr wohl Gute und Böse gibt

»Wann gehen sie denn endlich nach Hause, die Syrer? Der Krieg ist doch vorbei. Und warum jetzt noch Frauen und Kinder nach Deutschland holen? Die Männer sollten lieber zurückkehren und ihre Heimat mit aufbauen.« Solche Meinungen finden sich nicht nur in Anträgen rechtsnationaler Parteien, sondern auch auf CDU-Parteitage, in Internetkommentaren und Talksendungen. Und viele Deutsche, Österreicher und Schweizer mögen ähnlich denken: Wir haben geholfen, als es nötig war, haben Hunderttausende Syrer aufgenommen, dafür unseren sozialen Frieden eingebüßt und die Spaltung unserer Gesellschaften riskiert. Aber jetzt ist Schluss. Die Terroristen vom Islamischen Staat (IS) sind vertrieben, es fallen weniger Bomben, Assad bleibt an der Macht (was nicht schön, aber nicht zu ändern ist), und alle reden von Wiederaufbau – damit ist unsere Solidarität am Ende. Fehlen nur noch ein paar Schlagzeilen wie »Terrorverdächtige kommen aus Syrien«, »Syrischer Flüchtling greift Juden an« oder »Verfassungsschutz warnt vor Frauen und Kindern aus Syrien« (weil diese vom IS radikalisiert sein könnten), und schon wird die Rückführung von Syrern zur persönlichen Überlebensfrage. Umso wichtiger ist es, zu hinterfragen. Der Krieg scheint militärisch entschieden, aber ist er deshalb vorbei? Vielerorts fallen keine Bomben mehr, aber können wir diese Gebiete als sicher bezeichnen? Und kann das Land überhaupt Frieden finden, solange die Ursachen des Aufstands weiterbestehen?

Seit Jahren produziert der Syrien-Konflikt weltweit die meisten Geflüchteten: 6,3 Millionen außerhalb Syriens und noch mal so viele Vertriebene innerhalb des Landes. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung musste ihr Zuhause verlassen. Humanitär, politisch und militärisch gilt der Krieg als größte menschengemachte Katastrophe seit dem Zweiten Weltkrieg, als historisches Versagen unserer Zeit. Längst ist aus dem innersyrischen Machtkampf ein Weltkonflikt geworden, dessen Folgen vor allem Europa betreffen und dessen Lösung uns deshalb alle angeht. Syrien wurde internationalisiert, jetzt wird die Welt »syrienisiert« - das Ergebnis ist eine neue Welt-Unordnung, die sich unsicher und unmenschlich anfühlt.

Es ist also dringend. Und doch herrscht in Sachen Syrien Ratlosigkeit. Zu kompliziert, zu viele Interessen, alles nur Propaganda. Keiner blickt mehr durch, so scheint es, dabei lässt sich der Konflikt in seiner Vielschichtigkeit durchaus verständlich machen. Ein Syrien-Buch, das keine plakative These vertritt, sondern auf Differenzierung setzt, ist in diesen Zeiten allerdings schwierig zu schreiben. Einfache Erklärungen verkaufen sich besser, vor allem wenn sie vermeintlich selbstkritisch - also antiwestlich - daherkommen. Der Krieg in Syrien wird dann wahlweise auf einen westlichen Regimewechsel, einen geplatzten Pipeline-Deal oder eine Anti-Iran-Intervention reduziert. Syrer kommen in diesen geostrategischen Planspielen um Geheimdienst Dokumente, Rohstoffförderung und Einflusszonen bezeichnenderweise kaum vor - zumindest nicht als Handelnde, höchstens als Opfer von Missbrauch und Manipulation.

Dadurch machen sich ihre Verfechter ausgerechnet das zu eigen, was sie eigentlich kritisieren: eine zutiefst paternalistische Sichtweise. Als wären Syrer ohne die CIA nicht in der Lage, gegen ein Unrechtsregime auf die Straße zu gehen. Als hätten die Deserteure der syrischen Armee, die sich weigerten, auf friedliche Demonstranten zu

schießen, nicht jahrelang vergeblich auf effektive Waffen aus dem Westen gewartet, während die Dschihadisten in Syrien ab 2013 alles hatten, was sie brauchten. Und als hätten syrische Aktivisten und Oppositionelle seit 2012 nicht immer wieder um Schutz vor den Bomben des Regimes gebeten, woraufhin Amerikaner und Europäer Assad gewähren ließen und ab 2014 lieber selbst in Syrien bombardierten – im Kampf gegen den IS.

Ja, westliche Außenpolitik ist verlogen. Und sie trägt große Verantwortung für das Leid der Syrer. Aber nicht weil irgendein westlicher Politiker oder Geheimdienst im Jahr 2011 Assad stürzen wollte (das wollte zuletzt US-Präsident George W. Bush mit seinem Plan für einen Greater Middle East), sondern weil der stets von Menschenrechten und Freiheit schwadronierende Westen die eigenen Interessen über den Schutz von Zivilisten stellte. Weil ihm der zivile Widerstand in Syrien egal war, er die Kriegsverbrechen des Regimes trotz historisch einmaliger Beweislage geschehen ließ und damit die Radikalisierung der Menschen vorantrieb. Der Aufstieg des IS ist nicht nur auf den amerikanischen Interventionalismus der Ära Bush zurückzuführen, sondern auch auf die krampfhaft Nichteinmischung seines Nachfolgers Barack Obama. al-Qaida im Irak entstand als Reaktion auf die US-Invasion 2003, aber nach Syrien ausbreiten konnten sich die Dschihadisten nur, weil ein zögerlicher Obama die dortigen Rebellen im Stich ließ.

Vor allem Linke und Friedensbewegte greifen die Thesen von Regimewechsel und Pipelines gern auf, weil sie in ihr jahrzehntealtes Denkschema von »Gut« (antikapitalistischer Osten) und »Böse« (rohstoffgieriger imperialistischer Westen) passen. Dabei finden sich besonders unsoziale Auswüchse eines entfesselten Kapitalismus inzwischen in Russland und China, Syrien steht für Neoliberalismus und Nepotismus in Reinform.

Außerdem gibt es in der internationalen Politik grundsätzlich keine Guten und keine Bösen, sondern nur Interessen. Außenpolitisch verfolgt jeder Staatsführer, jede gewählte oder nicht gewählte Regierung stets die Belange des eigenen Landes oder der eigenen Klientel – ob Donald Trump oder Kim Jong-un, Angela Merkel oder Wladimir Putin, Emmanuel Macron oder Bashar al-Assad. Eine moralische Überlegenheit ergibt sich daraus nicht, Unterschiede bestehen höchstens in der Wahl der Mittel zur Durchsetzung der jeweiligen Interessen, da diese internationales Völkerrecht berücksichtigen müssen, was sie – auf allen Seiten – selten genug tun.

Trotzdem gibt es in Syrien Gute und Böse, denn beim menschlichen Handeln gelten sehr wohl moralische Standards. Ein Arzt, der Medikamente in ein abgeriegeltes Gebiet schmuggelt, tut Gutes, ein Söldner, der an einem Checkpoint seine Landsleute abkassiert, um sich persönlich zu bereichern, definitiv nicht. Geheimdienstchefs, die Massenvergewaltigung und sadistische Folter in ihren Haftzentren als legitime Mittel der Einschüchterung und Erniedrigung betrachten, sind nach menschlichem (nicht westlichem) Verständnis ziemlich böse. Genauso wie Rebellenführer, die ihren Frust und ihr Bedürfnis nach Rache an gefangenen Soldaten ausleben. Ein unbewaffneter junger Mann, der für Freiheit demonstriert und dabei »*silmie, silmie*« (»friedlich, friedlich«) ruft, ist besser als der Soldat, der auf ihn schießt, oder sein Vorgesetzter, der ihn dazu zwingt.

Diesen moralischen Kompass drohen wir in Syrien zu verlieren, wenn wir vorgeben, nichts zu wissen, weil alle Seiten nur versuchten, mit Manipulation und Inszenierung unsere Wahrnehmung zu beeinflussen. Am Ende verwechseln wir Verbrecher und Leidtragende – wie jene Wahrheitsverweigerer, die jedes Gerücht und jede Propaganda im Internet dankbar aufgreifen, um das Assad-Regime vom Täter zum Opfer zu machen. Kompetente

Journalisten, die im Gegensatz zu diesen selbst ernannten Experten Syrien persönlich kennen, beschimpfen sie als »Hetz-Prostituierte«, »Kriegstreiber«, »Auftragslügner«, »Psychopathen« und »gefährliche Terroristen«.

Wenn wir über Syrien als geopolitisches Spielfeld internationaler Interessen reden, dürfen wir die innenpolitische Dimension von Gut und Böse niemals vergessen. Denn sonst ignorieren wir 21 Millionen Syrer, die diesen Gegensatz zeit ihres Lebens am eigenen Leib zu unterscheiden gelernt haben. Und dann enden wir wie manche vermeintlich Linke, die komplizierte Konflikte wie den syrischen so an ihr ideologisiertes Weltbild angepasst haben, dass sich am Ende eine »demokratisch legitimierte syrische Regierung« gegen »westlichen Imperialismus und ausländische Einmischung zur Wehr setzt«. Für Syrer ist das ein Schlag in die Magengrube, für Menschen wie mich, sie sich seit Jahren beruflich und persönlich mit dem Land befassen, zum Verzweifeln. Wer zum Ostermarsch ein Konterfei Assads hochhält, hat nichts begriffen. Und wer Assad bis heute als »geringeres Übel« betrachtet, hat nicht die Syrer im Blick, sondern mit seiner geostrategischen Vogelperspektive nur sich selbst. Schauen wir also genau hin und nicht nur von oben herab. Reden wir mit den Syrern und nicht nur über sie. Deutschland bietet dafür gute Voraussetzungen, denn seit 2011 sind 700 000 Syrer zu uns gekommen.

Natürlich ist der Westen am Chaos in Nahost mit schuld. Die Außenpolitik der USA und Europas in der arabischen Welt und in Zentralasien ist eine Aneinanderreihung von Katastrophen. Mit Kolonialismus und der Ausbeutung von Ressourcen, dem Stützen von prowestlichen und dem Stürzen von unliebsamen Herrschern verfolgen Amerikaner und Europäer (vor allem Briten und Franzosen) seit mehr als 100 Jahren nur eigene Interessen. Der Staatsstreich gegen Irans Premierminister Mossadegh, die Aufrüstung

der Taliban gegen die Sowjetunion in Afghanistan, die Einsetzung oder Unterstützung autoritärer Machthaber in Iran (Schah), Ägypten (Mubarak und Sisi), Tunesien (Ben Ali) und Saudi-Arabien (Königshaus der Sauds) sowie militärisch herbeigeführte Regimewechsel von außen (Irak und Libyen) sind dafür unrühmliche Beispiele. Mit dieser Politik sendet der Westen die immer gleichen falschen Signale aus. Er belohnt Despotismus und Klientelismus und trägt so zur Unterdrückung und Ausbeutung von Millionen Menschen bei, zu Unzufriedenheit und Hass, Gewalt und physischer wie gesellschaftlicher Zerstörung.

Würden europäische Regierungschefs die Machthaber dieser Welt konsequent danach beurteilen, wie diese in ihren jeweiligen Ländern herrschen, wäre Europa außenpolitisch um einiges glaubwürdiger. Stattdessen reden westliche Politiker von Freiheit, Menschenrechten und Demokratie und bezeichnen die saudische Monarchie und Ägyptens Militärherrschaft als »Stabilitätsfaktoren«. Dabei müssten sie spätestens seit den Revolutionen und Aufständen 2011 verstanden haben, dass Staatschefs, die sich auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit bereichern, Kritiker verfolgen, der Jugend jede Zukunftsperspektive und die Luft zum Atmen rauben, keine Stabilität hervorbringen, sondern nur den Nährboden für Radikalismus und Terrorismus bereiten.

Angesichts dieser Doppelmoral des Westens wird Geostrategie allerdings gern überbewertet. Alles in der Welt scheint der Logik geheimdienstlicher Netzwerke, westlich gesteuerter Märkte und politischer Geheimdeals zu folgen. Das Internet als Resonanzraum für Fake-News und Verschwörungstheorien verstärkt diese Tendenz. Aber wer geostrategische Analysen als alleinige Erklärungsrahmen auf die Brandherde dieser Welt legt, wird der Realität nicht gerecht. Denn damit machen wir die

Menschen vor Ort zu Marionetten. Syrien ist dafür das beste Beispiel.

Der Ursprung dieses Konflikts liegt nicht im Westen, sondern in Syrien selbst. Mehrere Millionen Syrer haben im Laufe der Jahre für ihre Würde und Freiheit demonstriert, nicht weil ausländische Agenten ihnen dafür Geld gegeben hätten, sondern weil das Assad-Regime sie seit Jahrzehnten drangsaliert. Diese Zustände im Innern waren dem Westen egal – Assad senior und Assad junior galten je nach regionalen Kräfteverhältnissen und politischer Großwetterlage mal als Partner, mal als Schurken. Seit 2008 standen die Zeichen auf Verständigung, europäische Außenminister fuhren nach Damaskus, Assad wurde in Paris empfangen, Obama schickte wieder einen Botschafter nach Syrien. Von Dämonisierung zum Zwecke eines »regime-change« kann keine Rede sein.

Mit Blick auf Bashar al-Assad vom »Bösen-Mann-Frame« westlicher Medien zu sprechen, passt deshalb nicht. Die Tatsache, dass Assad seit 2011 als Massenmörder oder Kriegsverbrecher bezeichnet wird, hat mit seinen Taten zu tun und nicht mit einer von US-Geheimdiensten ausgeheckten Schmutzkampagne zur Destabilisierung des syrischen Regimes. Deshalb ist der Blick nach innen im Falle Syriens so wichtig. Um es ganz deutlich zu machen: Bashar al-Assad ist nicht böse, weil er iranische Waffen an die libanesische Hisbollah passieren lässt. Damit verfolgt er nur ein nachvollziehbares Interesse, nämlich Israel zu ärgern, das noch immer den syrischen Golan besetzt hält. Aber Assad ist sehr wohl böse, wenn wir uns die Beweise für die Massenvernichtung von Zivilisten ansehen, die der von ihm angeführte Staatsapparat systematisch betreibt.

Die Verbrechen in Syrien gehen weiter. Der Syrien-Konflikt ist nicht zu Ende, er tritt in eine neue Phase. Wie diese aussehen wird, was das für die Syrer bedeutet und welche

Auswirkungen der Krieg auf Europa hat, erklärt dieses Buch. Es liefert keine Zauberformel zur Befriedung des Landes. Aber es enthält alles, was man wissen muss, um den Konflikt zu verstehen und lösen zu können: wie das syrische Regime funktioniert (erstes Kapitel), was die Syrer denken und fühlen (zweites Kapitel), was in den vergangenen Jahren alles schiefging (drittes Kapitel), welche Interessen das Ausland in Syrien verfolgt (viertes Kapitel) und wie es weitergeht, was das mit uns zu tun hat und was wir beitragen sollten (fünftes Kapitel).

Syrien abzuschreiben können wir uns nicht leisten. Es lohnt sich deshalb, genauer hinzusehen - um sich eine eigene Meinung zu bilden, um die Syrer und die internationalen Zusammenhänge besser zu verstehen und um von unseren Politikern eine glaubwürdigere Nahostpolitik zu fordern.

1. Das System Assad. Wie das syrische Regime bis heute herrscht

Wer verstehen möchte, warum Bashar al-Assad bis heute Präsident Syriens ist, muss sich mit dem Wesen seines Regimes beschäftigen. Das gilt umso mehr für Menschen, die ohne tiefere Kenntnisse nach Syrien reisen, um das Leben in den Regierungsgebieten zu erkunden, und dann angetan sind vom scheinbar friedlichen und geordneten Alltag und der Dankbarkeit und Zufriedenheit der Menschen gegenüber Assad. Solche vermeintlichen Beobachter, Journalisten oder Wissenschaftler lassen sich täuschen von der wohlinszenierten Oberfläche eines Landes, in dem sämtliche Aspekte des Lebens von einem gefürchteten Sicherheitsapparat durchdrungen und kontrolliert sind. Dieser ist für Syrer omnipräsent, für Ausländer jedoch zunächst unsichtbar. Es sei denn, man weiß, mit welchen nicht nur brutalen, sondern vor allem perfiden Methoden die Assads seit Jahrzehnten herrschen.

Das heutige Regime existiert seit mehr als 50 Jahren. 1963 ergriff die Baath-Partei die Macht, geführt seit 1970 von den Assads. Hafiz al-Assad, der Vater des heutigen Präsidenten, machte aus einer säkularen, sozialistisch und panarabisch inspirierten Massenbewegung (*baath*, Wiedergeburt) ein staatliches Vollzugsorgan. Ihre ideologische Beschwörung des arabischen Nationalismus klingt schon lange hohl und abgedroschen, schließlich erwiesen sich arabische Führer in der Vergangenheit als unfähig zur Zusammenarbeit (etwa bei der Union von Ägypten und Syrien 1958–61 oder bei Vereinigungsversuchen zwischen Syrien und Irak). Tatsächlich endeten sämtliche Bemühungen um arabische Einheit seit den 1940er-Jahren mit dem totalitären

Herrschaftsanspruch jeweils eines arabischen Führers in Ägypten, Irak, Syrien, Libyen, Jemen und andernorts, schreibt der niederländische Diplomat und Syrienkenner Nikolaos van Dam.¹

In Syrien zentralisierte Hafiz al-Assad die gesamte Macht bei sich - er war Staatspräsident, Parteivorsitzender und Oberbefehlshaber der Streitkräfte in Personalunion und hielt alle Fäden fest in der Hand. An der formalen Machtfülle hat sich bis heute nichts geändert. Auch nach der neuen Verfassung von 2012 kontrolliert der Präsident Exekutive, Legislative und Judikative. Bashar al-Assad erlässt Dekrete, ernennt Premierminister und Minister, bestimmt die Mitglieder des Verfassungsgerichts und kann das Parlament auflösen. Dabei ist er als Präsident, Parteichef und Oberbefehlshaber durch Immunität vor Strafverfolgung geschützt (außer im Falle des Landesverrats). Allerdings fehlt Bashar jene Eigenschaft, die seinen Vater zu einem unanfechtbaren Führer und dessen Regime zu einer stabilen Diktatur machte: ein außergewöhnlicher Machtinstinkt.

Dieser zeigte sich bei Hafiz al-Assad schon früh. 1930 in dem damals abgelegenen Ort Qardaha im Küstenhinterland geboren, war er das neunte von insgesamt elf Kindern und ging als Erster auf eine weiterführende Schule nach Lattakia. Mit 16 Jahren trat er in die Baath-Partei ein, die mit ihrer säkularen und sozialistischen Rhetorik in Syrien besonders die konfessionellen Minderheiten ansprach - Alawiten, Christen, Drusen und Ismaeliten. Die politischen und wirtschaftlichen Eliten des Landes fanden sich traditionell vor allem im sunnitischen Großbürgertum der Städte. Wer als Alawit von der Küste oder Druse aus dem südlichen Hauran gesellschaftlich aufsteigen wollte, wählte deshalb meist den Weg über das Militär.

So auch Hafiz al-Assad, der aus einfachen alawitischen Verhältnissen und nicht aus einem einflussreichen Clan stammte. In den 1950er-Jahren ließ er sich unter anderem

in der Sowjetunion zum Piloten ausbilden, 1963 war er als Luftwaffenoffizier an der Machtergreifung der Baath-Partei beteiligt. Hafiz setzte sich an die Spitze des militärischen Flügels innerhalb der Partei, der 1966 putschte, und schaltete in den folgenden Jahren konsequent jeden potenziellen Konkurrenten aus – auch ehemalige Weggefährten und Verbündete.

Die beiden Gründer der Baath-Partei, Michel Aflaq und Salah al-Din al-Bitar, mussten ins Exil, weil sie sich der Militarisierung der Partei widersetzen. Assads langjähriger Mitstreiter Salah Dschadid, der sich als Generalsekretär der Baath-Partei zu seinem größten Widersacher entwickelt hatte, landete 1970 ebenso im Gefängnis wie Präsident Nouraddin al-Atassi. Gnade kannte Assad nicht. Dschadid blieb bis zu seinem Tod 23 Jahre später inhaftiert, Atassi kam nach 22 Jahren frei und starb kurz darauf. Manche Gegner wurden bis ins Ausland verfolgt wie der erwähnte Parteigründer und ehemalige Premierminister al-Bitar. Nachdem dieser in seinem Pariser Exil ein oppositionelles Magazin gegründet und das Regime in Damaskus zehn Jahre später des »Terrorismus gegen das syrische Volk« beschuldigt hatte, wurde er am 21. Juli 1980 ermordet.² Das konsequente und skrupellose Aus-dem-Weg-Räumen von politischen Gegnern gehörte von Anfang an zum Repertoire des Assad-Regimes.

Hafiz al-Assad baute seine Macht auf drei Pfeiler – die Partei, das Militär und die Geheimdienste. Indem er diese mit diversen Stützen und Querstreben miteinander verband, errichtete er ein ziemlich einsturzsaicheres Herrschaftsgebäude, das sein Sohn Bashar im Jahr 2000 von ihm erbt. Dabei stehen die drei Pfeiler für verschiedene Wesenszüge des Regimes: Die Baath-Partei repräsentiert seine politische Dimension als Regierung, das Militär steht für das äußerlich sichtbare Gewaltmonopol und den systemimmanenten Autoritarismus, die

Geheimdienste erfüllen die mafiaähnlichen Aufgaben einer kriminellen Organisation.

Angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre ist das Wesen des Regimes um eine weitere Erscheinungsform zu ergänzen. Denn unter Bashar etablierte sich ein vierter Pfeiler, der zu Zeiten seines Vaters in Ansätzen vorhanden war, aber erst durch die wirtschaftliche Liberalisierung des Landes in den 2000er-Jahren volle Macht entfalten konnte: eine vom Regime kooptierte Unternehmerschaft und Geschäftselite.

Es sind somit vier Charakteristika, die das syrische Regime ausmachen und ihm ein breites Spektrum an Handlungsmöglichkeiten eröffnen: als Regierung, als Militärkomplex, als kriminelle Vereinigung und als Wirtschaftsunternehmen. Die Fähigkeit, die eigene Herrschaft auf verschiedenen Ebenen und mit allen denkbaren Mitteln gleichzeitig durchzusetzen, lässt das Regime zugleich allmächtig und undurchschaubar erscheinen. Daneben verschafft sie ihm die notwendige Flexibilität, um auf Bedrohungen aller Art schnell und entschlossen reagieren zu können.

Wie dieses Zusammenspiel funktioniert, zeigt sich an den Strategien, die das Assad-Regime seit Jahrzehnten erfolgreich anwendet: an der Vereinnahmung staatlicher Institutionen, einem totalitären Loyalitätsverständnis, der Gleichschaltung der Gesellschaft, an Propaganda und Manipulation, Spaltung und konfessioneller Hetze sowie wirtschaftlichen Abhängigkeiten.

Land ohne Staatlichkeit

Einen Staat im eigentlichen Sinne gibt es in Syrien nicht, da sämtliche staatlichen Institutionen vom Regime vereinnahmt sind. Regierung, Ministerien und Parlament, Behörden, Justiz und Verwaltung – sie alle werden direkt oder indirekt von Assads Machtzirkel gesteuert. Mithilfe

eines engmaschigen Netzes aus geheimdienstlicher Kontrolle, persönlichen Abhängigkeiten und wirtschaftlichen Anreizen funktioniert Assads staatliches Patronagesystem bis heute. Auch wenn er in militärischen Fragen nicht mehr Herr der Lage und sowohl politisch als auch wirtschaftlich von seinen ausländischen Unterstützern abhängig ist – der Zugang zu Syriens Institutionen erfolgt über sein Regime. Wie wichtig diese Erkenntnis für Fragen des Wiederaufbaus ist, wird sich im fünften Kapitel zeigen.

Nach politikwissenschaftlicher Definition verfügt Syrien zwar über ein Staatsgebiet und ein Staatsvolk, aber das dritte wesentliche Element – die Herrschaft, politische Macht oder Staatsgewalt – dient nicht der rechtlichen Organisation der Gemeinschaft, sondern dem Machterhalt des Regimes. Jeder Beschluss, jeder Stempel unter einem Dokument, jeder Richterspruch, jede Baugenehmigung, jedes öffentliche Vergabeverfahren erfolgt im Sinne der Machthaber. Dafür sorgt ein hierarchisches System, das von Assad-Gefolgsleuten angeführt und von einem weit verzweigten und bewusst undurchschaubaren Sicherheitsapparat kontrolliert wird. Entspricht das Verhalten eines Ministers nicht den Vorstellungen der Führungsspitze um Assad, wird die Person ausgetauscht. Äußert sich ein Abteilungsleiter zu kritisch, wird er entmachtet. Folgt ein Richter nicht den Vorgaben des Geheimdienstes, wird er versetzt. Einfache Mitarbeiter, die Assad die Gefolgschaft verweigern, verlieren ihren Job. In syrischen Institutionen herrscht das ungeschriebene Gesetz, dass die Herrschaft Assads nicht in Zweifel zu ziehen ist – damit das niemand vergisst, hängt in jeder Eingangshalle und in den meisten Amtsstuben ein Porträt des Präsidenten.

Eigenverantwortliches Arbeiten im Sinne des Allgemeinwohls findet im öffentlichen Dienst folglich nicht statt. Für jede noch so kleine Entscheidung braucht es die Unterschrift des Ministers oder Behördenchefs, dieser

macht ohne das Okay von oben gar nichts. Entsprechend langsam, ineffektiv und korrupt ist die syrische Bürokratie. Für Syriens Zukunft könnte sich dieser Papierwahn allerdings als nützlich erweisen, denn er dokumentiert Befehlsketten und somit Verantwortlichkeiten. Die juristische Aufarbeitung von Verbrechen fällt dadurch umso leichter, schließlich gilt das schriftliche Dokument als Mutter aller Beweise. Indem das syrische Regime also akribisch festhält, wer für welches Haftzentrum zuständig ist, in wessen Namen die Auslieferung von humanitären Gütern verhindert wurde, wer den Befehl zur Bombardierung eines Stadtteiles gegeben hat oder wessen Unterschrift ein Bauvorhaben trägt, das zur faktischen Enteignung von Anwohnern führt, liefert es die Beweise, die irgendwann zur Verurteilung der Hauptverantwortlichen dieser Verbrechen führen werden. Wie weit diese juristischen Bemühungen gediehen sind und welche Wege die internationale Strafverfolgung im Falle Syriens geht, steht im fünften Kapitel.

Wer in Behörden und Ministerien arbeitet, muss sich Assad gegenüber also loyal verhalten. Der extrem aufgeblähte - Beamtenapparat (in den 2000er-Jahren waren es 1,2 Millionen Staatsangestellte bei 18 Millionen Einwohnern) stellt in Syrien ein effektives Instrument der staatlich verordneten Regimetreue dar. Von Funktionsträgern wird man keine grundsätzliche Kritik hören - unabhängig davon, was sie in Wirklichkeit denken. Sie können über Korruption schimpfen und die Zerstörung von Stadtteilen beklagen, aber an der Herrschaft Assads werden sie niemals Zweifel äußern - nicht mal im eigenen Wohnzimmer. Entsprechend schwierig ist es herauszufinden, wie viel Unterstützung dieser tatsächlich hat.

Journalisten oder Beobachter müssen sich darüber im Klaren sein, dass Menschen aus Angst vor dem Regime von

sich aus nur das sagen, was dieses hören will. Um die eigene Wahrnehmung zu schärfen, sollten sie sich von Syrern im Exil erzählen lassen, wie polizeistaatliche Überwachung unter Assad funktioniert, warum sie Uniformierte nicht leiden können und Personenkontrollen bei ihnen Panik auslösen, warum sie lieber sterben würden, als in einem syrischen Gefängnis zu landen, und warum sie auch in Deutschland ihren echten Namen nicht in der Zeitung lesen wollen. Dann könnten westliche Reporter in Syrien Gesten und Blicke besser deuten und aus ausweichenden Antworten und leeren Phrasen die richtigen Schlüsse ziehen.

Öffentlich geäußerte Reaktionen und Meinungen von Menschen in Aleppo, Homs oder Damaskus pauschal als wahrhaftige Solidaritätsbekundungen zu Assad zu deuten, zeugt von naiver Ahnungslosigkeit oder böswilliger Ignoranz. Das gilt auch für Interviews mit nichtstaatlichen, also vermeintlich unabhängigen Repräsentanten – den Vorsitzenden der Handelskammer, einen Schulleiter oder Parlamentarier, den Mufti oder ein Kirchenoberhaupt sowie den Chef einer Kläranlage. Sie alle werden sich stets zu Assad bekennen, weil sie ihre Posten ansonsten los sind.

Diese Strukturen im Verwaltungsapparat haben dazu geführt, dass Staat und Regime über die Jahrzehnte eins geworden sind, verschmolzen zu einem System oder einer Ordnung (*nizam*), die von den Menschen als willkürlich, bedrohlich und korrupt empfunden wird. Zu diesem Schluss kommt auch der Nahostexperte Daniel Gerlach in seiner Analyse der Assad'schen Herrschaft. Er beschreibt das syrische System als ein »Amalgam aus herrschender Klasse und Staat, verbrämt und verflochten mit einer Partei, die die staatlichen Institutionen ebenso durchdrungen wie ausgehöhlt hat. Ein System, in dem nahezu jedes staatliche Organ von einer Parallelstruktur neutralisiert wird, die letztendlich auf das Regime zugeschnitten ist«.³

Dass das Regime dabei wichtige staatliche Funktionen nicht erfüllt, zeigt sich vor allem an der »materiell-rechtlichen Komponente«, die der syrische Staats- und Verfassungsrechtler Dr. Naseef Naeem hervorhebt.⁴ Gerlach und Naeem leiten zusammen die Expertengruppe zenithCouncil, die sich mit Fragen von Recht und Staatlichkeit in Nahost beschäftigt. Die materiell-rechtliche Komponente beinhaltet die Versorgung, die rechtliche Absicherung und den Schutz der Bürger – drei Aspekte, bei denen das syrische Regime komplett versagt. Genauer gesagt enthält das Regime diese drei Staatsfunktionen einem Teil der Syrer bewusst vor. Es versorgt sie nicht, sondern hungert Hunderttausende über Jahre aus. Es sichert niemanden rechtlich ab, sondern hat die Syrer insgesamt entrechtet und herrscht willkürlich. Und es schützt einen Teil der Bevölkerung nicht vor Gewalt, sondern greift diesen mit Massenvernichtungswaffen aller Art an. Das Regime verkleidet sich also als Staat, dessen Aufgaben werden aber von Militär und Sicherheitsapparat ins Gegenteil verkehrt und zu Kriegsstrategien (Aushungern, Bombardieren, Verhaften und Foltern) umgewandelt.

Dabei verlässt sich Assad nicht nur auf staatliche Strukturen wie Armee und Geheimdienste, sondern setzt auch auf nichtstaatliche Milizen, die bei der Abwehr innerer Feinde besonders hilfreich sind. Schon sein Vater hatte in den 1970er-Jahren die Verteidigungskohorten (Sarayat al-Difaa) gegründet, eine paramilitärische Eliteeinheit, die unter dem Befehl seines Bruders Rifat stand und fast nur aus Alawiten bestand. Sie bekämpften jede Form von Opposition, darunter vor allem die islamistische Partei der Muslimbrüder, die Ende der 1970er-Jahre das Regime herausforderte. Ihr im Untergrund agierender extremistischer Flügel (al-Taliaa al-Moqatila, kämpfende Avantgarde) verübte Anschläge gegen Einrichtungen des Militärs und der Baath-Partei, wobei sich

ihr Hass vor allem gegen alawitische Mitglieder der Sicherheitskräfte richtete. Am 16. Juni 1979 überfiel eine islamistische Kommandoeinheit die Artillerieschule in Aleppo und richtete 50 Kadetten hin – ausschließlich Alawiten.

Die darauffolgende Repression des Regimes trug ebenfalls konfessionelle Züge. Als sich die überwiegend sunnitischen Händler in den *Suqs*, den Altstadtmärkten von Aleppo, Hama und Homs, mit Streiks und Protesten dem Widerstand der Muslimbrüder anschlossen, rückte die Armee ein. Sie hatte jedoch keine gezielten Anti-Terror-Operationen im Sinn, sondern die Abschreckung, Erniedrigung und Unterwerfung der Zivilbevölkerung.

Der Aufstand der Muslimbrüder wurde Anfang 1982 endgültig niedergeschlagen, als das Regime in Hama ein Inferno anrichtete: Kampffjets bombardierten die Stadt, junge Männer wurden auf der Straße hingerichtet, Frauen, Kinder und Alte in ihren Verstecken erschossen, Panzer walzten Menschenmassen nieder und Milizen warfen Benzinbomben in Wohnungen. Dabei ging es nicht darum, eine existenzielle terroristische Gefahr abzuwenden, sondern darum, die Bewohner Hama kollektiv zu bestrafen und an ihnen ein Exempel zu statuieren: »Wer meine Herrschaft herausfordert, wird vernichtet.«

Für die in diesem Zusammenhang notwendigen besonders brutalen und nachhaltigen Massaker an Zivilisten braucht es eine motivierte und emotional aufgeladene Speerspitze – die alawitischen Spezialeinheiten der Sarayat. Assad habe diese in Hama gezielt eingesetzt, um »ein Fanal für die Ewigkeit zu setzen«, schreibt Daniel Gerlach. Dort hätten sie als perfekte Vollstrecker gewirkt. »Für Bombardements benötigt man Befehle, für Massaker an Zivilisten aus nächster Nähe braucht man eine andere Disposition: Hass, Rachlust und die Überzeugung, dass jeder nachwachsende

Sunnit aus Hama eines Tages ein alawitisches Dorf ausrotten kann.«⁵

Was damals die Sarayat waren, sind heute die Shabiha-Milizen (*shabiha*, Geister). Deren Anfänge liegen ebenfalls in der Zeit Hafiz al-Assads. In der Küstenregion bildeten Anhänger und Verwandte des Präsidenten kriminelle Netzwerke, die mit Schmuggel- und Schwarzmarktgeschäften im Libanon reich wurden. Schon immer ging ihnen der Ruf rücksichtsloser Gangster voraus, die sich mit mafiösen Methoden Geld und Einfluss sicherten. Im aktuellen Konflikt dienen die Shabiha dem Regime als außerordentlich brutale Milizionäre, die für zahlreiche Massaker an Zivilisten verantwortlich sind.

Daneben entstanden ab 2011 zunächst lokale Volksverteidigungskomitees, die mit Unterstützung der Geheimdienste von Anwohnern gegründet wurden. Vor allem Christen, Drusen und Alawiten bildeten ihre eigenen Stadtteil-Milizen, um mit Checkpoints, Überwachung und Waffengewalt die Infiltrierung durch Rebellen in ihren Wohngebieten zu verhindern. Ab Sommer 2012 bemühte sich das Regime, diese Hunderte von Komitees zu professionalisieren und besser zu strukturieren. Zu diesem Zweck schuf es die Nationalen Verteidigungskräfte (National Defense Forces = NDF), die heute etwa 100 000 Mitglieder zählen. Auch Shabiha-Milizionäre wurden darin integriert. Die NDF sollten als hochmotivierte, effektive und lokal verwurzelte Freiwilligenarmee die Defizite der regulären Streitkräfte ausgleichen, die sich aus Wehrpflichtigen aller Gesellschaftsschichten zusammensetzen und deshalb als weniger zuverlässig und loyal gelten. Ab Frühsommer 2011 desertierten nicht nur einfache Soldaten, sondern auch einige hochrangige Militärs, obwohl das Regime jeden Deserteur beim ersten Verdacht erschießen ließ und häufig die Familien dieser »Verräter« schikanierte. Die regulären Truppen waren

zunehmend unterfinanziert, schlecht ausgestattet und entsprechend demoralisiert.

Für junge Männer wurde es deshalb viel attraktiver, bei einer örtlichen NDF-Einheit mitzumachen, als bei der Armee zu kämpfen: Sie bekommen einen höheren Sold, sie können Teilzeit arbeiten und vor Ort bei ihren Familien bleiben, sie kämpfen für lokale Ziele, mit denen sie sich identifizieren, und können sich nebenbei bereichern, persönliche Rechnungen begleichen und plündern, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Finanziert und strukturiert wurden die NDF von Anfang an mithilfe des Irans und der Hisbollah. Dabei sind sie dem Vorbild der iranischen Basij gefolgt – einer paramilitärischen Einheit innerhalb der Revolutionsgarden, die vor allem Dissidenten bekämpfen und die Ideen der Islamischen Revolution verbreiten soll. Entsprechend groß ist der Einfluss iranischer Militärführer und Sicherheitsberater auf die syrischen NDF. Kritiker bezeichnen sie als verlängerten Arm Teherans in Syrien.

Hinzu kommen mächtige Milizen, die von Assad zwar gebraucht und für wichtige militärische Ziele und Offensiven eingesetzt werden, sich dessen Kontrolle aber weitgehend entziehen. Besonders bekannt sind die rivalisierenden Tiger Forces in den Provinzen Aleppo und Hama und die Desert Hawks in Lattakia. Sie werden von Milizionären, Schmugglern und Kriminellen angeführt, finanzieren sich über Entführungen, Geldwäsche, Waffen-, Öl- und Menschenhandel und bauen auf eigene Unterstützernetzwerke vor Ort statt auf staatliche Institutionen.

Diese loyalen, aber zunehmend unkontrollierbaren Kräfte entstanden (wie im Fall der Tiger Forces), weil Geheimdienste über Jahre auf Kriminelle und bewaffnete Gruppen setzten, um die Bevölkerung zu unterdrücken.⁶ Andere gründeten sich infolge eines Dekrets, mit dem Assad im August 2013 privaten Geschäftsleuten erlaubte,

zum Schutz ihrer Kapitalgüter eigene Milizen aufzubauen. »Mit einem Federstrich bewaffnete das Regime dadurch seine eigenen Kleptokraten«, schreibt der Nahost-Militärexperte Tobias Schneider.⁷ Manche konnten ihre Macht regional so weit ausbauen, dass selbst Assads gefürchteter Militäргеheimdienst sie nicht mehr im Griff hat – etwa die Tiger Forces.

Die Strategie des Regimes, auch im aktuellen Konflikt paramilitärische Einheiten einzusetzen, unterminiert insofern die Macht, die sie gleichzeitig sichert. Diverse Milizen haben für Assad Territorium zurückerobert, dabei aber ihren eigenen Herrschaftsanspruch geltend gemacht. Das Regime wird sie nach einem Ende der Kämpfe an seinem Sieg beteiligen müssen, sonst werden lokale Kriegsherren mit Schutzgelderpressung, willkürlicher Gewaltanwendung und dem Abkassieren von Bewohnern verhindern, dass die von ihnen kontrollierten Gebiete zur Ruhe kommen.

Der Einsatz privater und halbstaatlicher Milizen zeigt, wie Assad das Gewaltmonopol des Staates zu einem vom Regime gelenkten persönlichen Herrschaftsinstrument umgedeutet hat. Denn diese Kräfte handeln zwar im Auftrag oder Interesse des Regimes, aber außerhalb der staatlichen Hierarchie. Diese ausgehöhlte, in Geiselhaft genommene oder nicht existente Staatlichkeit hat schwerwiegende Auswirkungen – auf die Gesellschaft und den Einzelnen. Denn ohne Staat keine Bürger. Indem das Regime den Staat ersetzt, macht es die Syrer zu Untertanen. Und für diese gelten nur zwei Kategorien: loyal oder nicht loyal – Freund oder Feind.

Freund oder Feind

Das Denken in Loyalitäten kennzeichnete die Herrschaft der Assads von Anfang an. Hafiz al-Assad umgab sich mit Leuten, von deren treuer Ergebenheit er absolut überzeugt

war. Das waren nicht zwangsläufig Mitglieder der eigenen Familie oder Glaubensgemeinschaft, sondern langjährige Verbündete, die seinen Führungsanspruch nie infrage stellten, weil sie sich als zuverlässige Stützen der Assad'schen Herrschaft eingerichtet und keine weiteren Ambitionen hatten. Zu ihnen zählten neben vielen Alawiten und manchem Christen auch Sunniten wie der frühere Außenminister und Vizepräsident Abdelhalim Khaddam (der seit 2005 im Pariser Exil lebt und mit dem Regime brach), der langjährige Stabschef Hikmat al-Shihabi (verstorben 2013) und Mustafa Tlass, der über Jahrzehnte als Verteidigungsminister diente, 2011 zur medizinischen Behandlung nach Frankreich zog und dort 2017 starb (sein Sohn Manaf desertierte 2012 aus der Armee und stellte sich gegen Bashar).

Geschickt tarierte Hafiz al-Assad innerhalb des Systems die Macht aus. Kein alawitischer Geheimdienstchef, keine Gruppe von Generälen, kein naher Verwandter konnte ihm je gefährlich werden, weil es zu jeder einflussreichen Figur stets ein Gegengewicht gab. So balancierten sich die verschiedenen Machtzentren gegenseitig aus, und Assad selbst stand unangefochten an der Spitze. Dieses Gleichgewicht der Kräfte sicherte im Jahr 2000 die reibungslose Machtübergabe von Vater zu Sohn. Und es garantierte dem 34-jährigen Bashar in seiner Anfangszeit als unerfahrener Präsident die Macht. In den darauffolgenden Jahren gelang es ihm, die betagten Weggefährten seines Vaters, auch als »alte Garde« bekannt, sukzessive mit Vertrauten seiner Generation zu ersetzen. Wer sich zur Gefahr für das Regime entwickelte, wurde liquidiert – wie vermutlich Innenminister Ghazi Kanaan, Alawit und mehr als zwanzig Jahre lang Chef der syrischen Geheimdienste im Libanon. Welche Rolle er beim Anschlag auf den ehemaligen Premierminister Rafiq al-Hariri am 14. Februar 2005 in Beirut spielte, ist ebenso unklar wie die Umstände seines Todes. Am 12. Oktober

2005 soll er sich in seinem Büro mit einem Schuss in den Mund selbst getötet haben. Ob Assad Kanaans Aussagen gegenüber den Ermittlern im Hariri-Fall fürchtete oder ob Kanaan als syrisches Bauernopfer für den Mordanschlag erhalten musste, ist bis heute Gegenstand von Spekulationen.

Nicht in Ungnade zu fallen ist für Assad-Verbündete folglich eine Frage des Überlebens. Das weiß auch Farouk al-Sharaa, der inzwischen wohl dienstälteste Repräsentant des Assad-Regimes und Sunnit. Al-Sharaa war von 1984 bis 2006 Außenminister und ist seitdem erster Vizepräsident. Grundsätzlich gilt die Position des Vizepräsidenten als zeremonielle Ruhigstellung ehemals einflussreicher Politiker und Militärs, aber al-Sharaa wäre im Fall eines Rücktritts oder Todes von Bashar al-Assad sein unmittelbarer Nachfolger. Als solcher wurde er schon einmal im Jahr 2012 von der Arabischen Liga und den UN ins Spiel gebracht, als es um die Ausgestaltung eines politischen Übergangs ging. Im Gegensatz zu den meisten anderen Mitgliedern des Systems ist der 1938 geborene Farouk al-Sharaa eine ausschließlich politische Figur. Er durchlief keine militärische Ausbildung, hat keine Vorgeschichte in den Geheimdiensten, sondern diente als das diplomatische Gesicht des Regimes nach außen. In dieser Rolle trägt er keine unmittelbare Verantwortung für das Blutvergießen der letzten Jahre und ist für viele Syrer – ob oppositionell oder regimetreu – eine akzeptable Figur für einen Übergang.

Das Prinzip der Loyalität, auf das sich die Herrschaft der Assads bis heute stützt, löste in Syrien zwei Entwicklungen aus, die sich im ersten Moment zu widersprechen scheinen. Einerseits spielte religiöse Zugehörigkeit und Verwandtschaft beim persönlichen Aufstieg keine Rolle, weil allein Loyalität zählte – mächtig und reich wurde, wer